

Franz-Josef Möllenberg, Vorsitzender der NGG

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die nächsten Stunden bitte ich um eure Aufmerksamkeit.

(Unruhe)

Nein, Spaß beiseite. Ich will natürlich nicht die nächsten Stunden hier nutzen, sondern ich möchte, dass wir auch miteinander diskutieren, miteinander reden. Deshalb gestattet mir einige Ausführungen.

Ich will mich zunächst noch einmal sehr herzlich auch im Namen von Michaela Rosenberger, Claus-Harald Güster und von allen gewählten Kolleginnen und Kollegen für euer Vertrauen bedanken. Wir werden gemeinsam in den nächsten Jahren eine Menge Arbeit haben. Wir werden in den nächsten Jahren auch gemeinsam arbeiten. Geschlossenheit ist angesichts der Situation, die wir haben, das Gebot der Stunde. Das werden wir auch gemeinsam machen, alle Landesbezirke, alle Kolleginnen und Kollegen im Sinne unserer NGG. Das sollten wir auch nach draußen dokumentieren.

(Beifall)

Ich möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Gedanken äußern, die mir wichtig erscheinen. Unsere NGG ist Familie. Unsere NGG, wird häufig gesagt, sei klein, aber fein, wobei ich hinzufüge: Größe allein ist noch kein Qualitätsmerkmal. Wir sind zwar, relativ betrachtet zu anderen Gewerkschaften, eine kleinere Organisation. Aber wir sind eine Klasseorganisation, und das ist das Verdienst eures Engagements. Das ist das Verdienst unserer Funktionärinnen und Funktionäre. Es ist das Verdienst unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich tagtäglich in den Betrieben einsetzen. Da sollten wir bewusst durch die Landschaft gehen und uns nicht wegen der Größe oder der Kleinheit irgendwo in die Ecke stellen lassen.

(Beifall)

Wichtig ist auch zu dokumentieren, und zwar nicht nur gegenüber den Mitgliedern, sondern vor allem auch gegenüber den Nichtmitgliedern, dass wir in der heutigen Zeit, obwohl wir schon gemeinsam fast 142 Jahre auf dem Buckel haben: Gewerkschaften waren nie so wichtig, nie so wertvoll wie heute angesichts der globalen Finanzmarktkatastrophe, angesichts der Polarisierung in der Gesellschaft. Unsere NGG wird gebraucht, und dafür treten wir ein. Da sollten wir alles tun, um mehr Mitglieder zu gewinnen, um mehr engagierte Mitglieder zu bekommen, um letztendlich unsere gemeinsamen politischen Ziele durchzusetzen. Auch das ist ein Zeichen, das wir heute mit unserem Kongress setzen sollten.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was findet eigentlich zurzeit statt? Wir haben eine einmalige Chance angesichts des Vertrauens oder, besser gesagt, des nicht mehr vorhandenen Vertrauens in dieser Gesellschaft. Finanzmarktkrise ist das eine. Viele Menschen – ich habe gestern darauf hingewiesen – wissen nicht mehr, wie sie das tägliche Überleben sollen. Auf der einen Seite ist Hartz-IV für sich betrachtet eine Katastrophe. Auf der anderen Seite ist es nach wie vor so, dass – auch davon war gestern die Rede – Chemnitzer Professoren hergehen und sagen: Es ist viel zu viel, was an Hartz-IV-Satz gezahlt wird. Man müsste das in dieser Gesellschaft auf 132 € beschränken.

Wir haben gestern und vorgestern auch von Bankern gesprochen. Denkt daran: Im Frühjahr noch haben die Direktoren der Bundesbank gesagt, die Rente mit 67 gehe noch nicht weit genug. Sie haben gesagt, man müsste das Rentenalter eigentlich auf 68 Jahre heraufsetzen. Deshalb sage ich: Gegen diesen neoliberalen Mainstream haben wir uns mit aller Kraft entgegengesetzt. Wir wollen weder die Rente mit 67 noch mit 68, sondern es muss dabei bleiben: 65 ist die Zahl. Da müssen wir Überbrückungsregelungen finden, damit die Kolleginnen und Kollegen, die von entsprechenden Belastungen betroffen sind, verdammt noch mal auch ihr Alter genießen können und es nicht zu Altersarmut kommt. Das ist auch eine Botschaft, die wir heute hier auf unserem Kongress von uns geben sollten.

(Beifall)

Ich will das in aller Deutlichkeit noch einmal sagen und auch zuspitzen im Hinblick auf das im kommenden Jahr anstehende Superwahljahr. Wir haben im Juni nächsten Jahres die Europawahl. Wir haben einige Landtagswahlen. Wir haben Kommunalwahlen, und wir haben im September nächsten Jahres die

Bundestagswahl. Wir werden uns in diese Wahlkämpfe aktiv einmischen. Ich habe euch gestern zur Erinnerung noch einmal gezeigt, was wir 2005 zur Bundestagswahl gemacht haben. Wir werden uns aktiv einmischen, und wir werden dort insbesondere drei Dinge benennen.

Das eine ist unsere Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Das ist dringender denn je notwendig. Dabei ist es völlig unerheblich, ob wir das bei 8 € ansiedeln, wie es Lothar Bisky heute Morgen gesagt hat, oder bei mindestens 7,50 €. Ich sage, das ist unerheblich, weil wir uns jetzt nicht bei der Größenordnung verzetteln dürfen. Wir müssen erstens ein System eines Mindestlohns bekommen. Zweitens muss das Niveau stimmen.

Ich will an eines erinnern: Das letzte Land in der Europäischen Union, das den Mindestlohn gesetzlich eingeführt hat, war das Vereinigte Königreich 1999. Seitdem die Briten den Mindestlohn haben, ist dieser aufgrund der jährlichen Überprüfung sage und schreibe um 40 % erhöht worden. Deshalb bin ich sehr optimistisch: Wir werden das schaffen. Es ist ein Armutszeugnis für Deutschland, dass Deutschland neben Zypern das einzige Land ist, in dem es keine Sicherung nach unten gibt. Wenn Parteien da nicht mitmachen, dann werden sie es sich gefallen lassen müssen, dass wir sie Hungerlohnpartei nennen. Das wird eine der strategischen Auseinandersetzungen bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr sein.

(Beifall)

Wir haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hauptvorstand – das war mit eine der letzten Amtshandlungen – beschlossen, dass wir noch einmal richtig Geld in die Hand nehmen. Ergänzend zu der Kampagne, die mittlerweile auf DGB-Ebene getragen wird, haben ver.di und NGG die Verabredung getroffen und unser Hauptvorstand hat das beschlossen, dass wir nächstes Jahr unsere Mindestlohninitiative, unsere Kampagne zuspitzen und sagen: Stimmen Sie für den Mindestlohn. Das wird im nächsten Jahr eine der Hauptaufgaben sein. Tut mir einen Gefallen: Lasst nicht locker. Ihr seid so kreativ, so engagiert in allen Regionen, bundesweit. Dieses Beispiel der Mindestlohninitiative ist ein tolles Beispiel, eine erfolgreiche Kampagne. Wir haben die Stimmungslage im Land in den letzten drei Jahren verändert. Jetzt werden wir es tatsächlich zum Ziel führen. Deshalb: Lasst nicht nach. Lasst uns diese gemeinsamen Aktivitäten mit ver.di fahren, und lasst uns auch die Initiative mit dem DGB entsprechend intensivieren. Mindestlohn ist das Gebot der Stunde. Dafür lasst uns gemeinsam kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen, das ist die Rente mit 67. Wir finden uns nach wie vor nicht damit ab. Ich habe am Montag bei der Eröffnung schon darauf hingewiesen. Manche Politiker, Professoren wie Rürup, haben überhaupt keine Vorstellung davon, was es heißt, wenn eine Schichtarbeiterin oder ein Schichtarbeiter im Produktionsprozess ist, wenn man im Drei-Schicht-System ist, wenn man nicht nur das Problem mit der Gesundheit hat aufgrund des Schichtwechsels, sondern wenn man letztendlich auch die Belastungen hat, die sich daraus ergeben, was Umgebungseinflüsse angeht wie Hitze, Lärm, Nässe, Kälte. Die haben keine Ahnung davon, was das für eine Servicekraft oder für jemanden heißt, der in der Küche im Hotel arbeitet oder als Reinigungskraft im Hotelgewerbe tätig ist, was es heißt, von morgens bis abends und dann noch zu Zeiten, in denen andere Menschen frei haben, zu malochen und schwere körperliche Tätigkeiten zu verrichten. Die haben keine Ahnung davon, was es heißt, in der Backstube zu stehen oder als Bäckereifachverkäuferin hinter der Ladentheke.

Diese Menschen, für die wir tätig sind, haben es verdient, dass wir uns für sie einsetzen. Wir wollen kein Rentenkürzungsprogramm und wir wollen auch keine Rente mit 67. Das wird eine der entscheidenden strategischen Überlegungen und Auseinandersetzungen im nächsten Jahr bei der Bundestagswahl sein. Da sollten wir geschlossen zusammenstehen; dann werden wir unser Ziel auch erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dazu gehört auch Altersarmut, das will ich ausdrücklich sagen. Heute ist das noch nicht das ganz große Problem. Man darf das nicht verniedlichen. Heute sind rund gerechnet 300.000 Menschen in Deutschland tatsächlich von Altersarmut betroffen. Ich sage ausdrücklich: Es geht hier nicht um statistische Werte. Jeder einzelne Mensch muss das Recht haben, ein Existenz sicherndes Einkommen zu haben, damit man damit auch auskommen kann. Aber wenn heute die Weichen nicht umgelegt werden, dann werden wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein Problem der Altersarmut erleben, das sich gewaschen haben wird.

Deshalb ist es notwendig, dass endlich Schluss gemacht wird mit diesen verniedlichenden sog. Minijobs, mit den 400-€-Jobs; denn es sind in erster Linie Kolleginnen, die davon betroffen sind, Kolleginnen, die keine Chance haben, eigene Ansprüche auf Altersvorsorge zu erwerben. Es ist leider so: Wir haben eine Situation, dass Vollzeitbeschäftigungsarbeitsplätze, normale Sozialversicherungsarbeitsplätze umgewandelt worden sind in sogenannte Minijobs. Diesem Misstand muss begegnet werden.

In der Erfurter Zentralerfassungsstelle sind mittlerweile fast acht Millionen Menschen erfasst, die einen Minijob ausüben, davon zwei Millionen, die das als Nebenbeschäftigung machen, weil das Einkommen aus dem Hauptbeschäftigungsverhältnis nicht ausreicht. Deshalb muss damit Schluss gemacht werden.

Vor einigen Jahren hat man uns noch das niederländische Modell vorgehalten. In Holland werden ab der ersten Stunde Sozialversicherungsbeiträge erhoben. Das sollten wir uns wirklich zum Vorbild nehmen. Mit dem Misstand bei uns muss Schluss gemacht werden, um auch Altersarmut zu verhindern. Die Weichen dafür müssen heute gestellt werden. Dafür sollten wir gemeinsam eintreten.

(Beifall)

Ich will aber auch Folgendes sagen: Natürlich müssen wir nach dem Gesetzgeber rufen. Der Gesetzgeber braucht Unterstützung. Von daher glaube ich auch, dass es wichtig ist, mit den politischen Parteien zu sprechen, mit ihnen zu reden und ihnen deutlich zu machen, wo unsere Positionen sind. Aber wir, Kolleginnen und Kollegen, müssen uns in allererster Linie natürlich auf unsere eigene Kraft besinnen.

Mindestlohnforderung ist das eine. Ich will auch überhaupt nicht verheimlichen, dass es mir am liebsten wäre, wir wären überall so schlagkräftig, dass wir Arbeitsbedingungen tarifvertraglich regeln könnten. Dass wir in manchen Bereichen schwächeln, ist bekannt; deshalb auch die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

Ich spreche das deshalb an, weil wir in den nächsten Jahren alles daransetzen müssen, nicht nur die Mitgliederzahl zu halten, sondern auch neue Mitglieder zu gewinnen. Wir müssen alles daransetzen, unsere Arbeit auch darauf abzustellen, dass wir letztendlich Schwerpunkte setzen. Wir müssen auch denen, die nicht bereit sind, sich zu organisieren, sagen: „Wenn ihr nicht in die Gänge kommt, dann können wir für euch nichts tun.“ Die Menschen müssen nämlich auch erkennen, dass Gewerkschaften nicht nur das soziale Gewissen in dieser Gesellschaft sind, sondern sie müssen auch erkennen, dass sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen müssen.

Deshalb fordere ich euch auf: Lasst uns in den nächsten Jahren alles tun, um das Mitgliederpotenzial, das wir haben, auszuschöpfen, dass wir die Menschen mitnehmen, dass wir sie begeistern und dass wir uns auch gemeinsam mit den Mitgliedern darüber klar werden: Alles das, was wir tun, muss unter dem Gesichtspunkt gesehen werden: Was bringt uns das an Mitgliedern, was bringt uns das an Aktivitäten? Daran müssen wir uns orientieren.

Da werden wir auch dem einen oder anderen Betrieb, wenn der Arbeitgeber aus dem Flächentarifvertrag raus ist, sagen müssen: „Leute, wenn ihr euch nicht bewegt, dann können wir nichts für euch tun.“ Tarifbewegung, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat etwas mit Bewegen zu tun. Wir werden nur schlagkräftig und weiterhin arbeitskampffähig sein, wenn wir mehr Mitglieder gewinnen. Deshalb ist die Frage der Mitgliederorientierung der Dreh- und Angelpunkt.

Deshalb auch die Botschaft: Lasst uns alles tun, damit wir in den einzelnen Branchen, nicht nur im Industriebereich, nicht nur im Handwerksbereich, sondern vor allem auch im Hotel- und Gastgewerbe, in der Systemgastronomie etc. mehr Mitglieder gewinnen. Die Mitgliederorientierung muss im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns stehen. Darum bitte ich euch auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich meine, dass es notwendig ist, unsere Aktivitäten, was gute Arbeit angeht, wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen. In dem Zusammenhang vielleicht zwei Hinweise:

Diejenigen, die diesen neoliberalen Touch haben, die diesem neoliberalen Mainstream anhängen, sagen: „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Kolleginnen und Kollegen, das stimmt nicht. Sozial ist nur das, was gute Arbeit schafft; denn die erste Aussage „sozial ist, was Arbeit schafft“ sagt über die Qualität der Arbeit und über die Qualität der Arbeitsbedingungen überhaupt nichts aus. Deshalb müssen wir, ähnlich wie bei der Mindestlohnkampagne, auch das in die Köpfe und vor allem in die Herzen bekommen: Sozial ist das, was gute

Arbeit schafft. Das heißt Mindestlohn und das heißt auch, dass die Arbeitsbedingungen vom Urlaubsanspruch etc. in Ordnung sind.

Deshalb könnte ich mir vorstellen, dass wir in Ergänzung zu dem, was wir beim DGB aus der Taufe gehoben haben, nämlich den „Index Gute Arbeit“, als Maßstab nehmen, um letztendlich die Arbeitgeber in die Pflicht zu nehmen.

Vielleicht zum „Index Gute Arbeit“ auch nur ein Hinweis: Wir haben für den „DGB-Index Gute Arbeit“, der inhaltlich hervorragend ist, einen Maßstab, um auch dem Ifo-Index des Prof. Unsinn – Entschuldigung! –, des Prof. Sinn etwas entgegenzusetzen. Dafür haben wir beim DGB eine Gesellschaft gegründet. Es gibt fünf Gesellschafter. Gesellschafter des „DGB-Index Gute Arbeit“ sind der DGB, die IG Metall, ver.di, BCE und unsere NGG.

Ich sage auch, warum wir das gemacht haben. Wir haben das nicht nur gemacht, weil wir davon überzeugt sind, dass das ein gutes Instrument ist, sondern wir dokumentieren damit auch: Wir sind auf gleicher Augenhöhe mit den Schwestergewerkschaften und vor allem sind wir eine eigenständige Organisation. Und das wird auch so bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

Ich denke, auch angesichts der Vertrauenskrise wären manche Arbeitgeber gut beraten, wenn sie auf einen Vorschlag von uns eingehen, der sehr ernst gemeint ist. Wir haben das vor einigen Jahren schon einmal in Erinnerung gerufen, als damals nach der BSE-Krise Frau Künast mit ihrem Gütesiegel, mit ihrem Herkunftssiegel kam. Wir haben damals schon gesagt: Zu einem Gütesiegel gehört nicht nur, dass das Produkt in Ordnung ist, sondern dazu gehört auch, dass man sich die Arbeitsbedingungen ansieht.

Deshalb kann ich mir vorstellen, wir bieten den Arbeitgebern ein Gütesiegel „Faire Arbeit“ an. Wir vergeben aber das Siegel „Faire Arbeit“ nur an die Arbeitgeber, die sich an Tarifverträge halten, die einen Betriebsrat haben, die eine Jugend- und Auszubildendenvertretung haben, die, wenn es Schwerbehinderte im Betrieb gibt, Schwerbehindertenvertrauensleute haben, die sich an die Arbeitssicherheitsbestimmungen halten, etc.

Es wäre gut, wenn wir ein solches Siegel, solche betrieblichen Bündnisse im positiven Sinne, machen würden, wenn die Arbeitgeber sich darauf einließen. Denn das ist dann vielleicht auch eine Entscheidungshilfe, eine Einkaufshilfe für die Kolleginnen und Kollegen, für die Verbraucherinnen und Verbraucher draußen.

Dann kann man sich mehr Gedanken machen – im wahrsten Sinne des Wortes – über Nachhaltigkeit. Was ist denn Nachhaltigkeit? Nachhaltigkeit ist nichts anderes als die Antwort auf die kurzfristigen Börsenströme, auf die kurzfristige Sichtweise, auf das kurzfristige Renditestreben. Nachhaltigkeit entsteht nur dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn dir einen Dreiklang haben, wenn neben der ökonomischen Seite auch das Soziale stimmt und auch die ökologischen Bedingungen eingehalten werden. Deshalb wären wir sehr daran interessiert, mit den Arbeitgebern, mit den Arbeitgeberverbänden über ein Gütesiegel „Faire Arbeit“ nachzudenken, bei dem tatsächlich der Mensch im Mittelpunkt des Denkens und Handelns steht; denn die Menschen in den Betrieben schaffen letztlich die Werte. Das muss auch zum Ausdruck kommen.

Allein Unternehmensleitbilder, wie das so schön heißt, in denen zwar steht, der Mensch bei Nestle, bei Unilever, bei Kraft Foods oder wo auch immer stehe im Mittelpunkt des Denkens – das steht dort manchmal nur auf dem Papier. Deshalb müssen wir sagen, wir wollen das mit Inhalten versehen. Das bieten wir den Arbeitgebern an. Dann sollen die Arbeitgeber sagen, ob sie das machen oder nicht. Nur dann werden wir sie auch in der Öffentlichkeit vorführen. Das ist, glaube ich, ein faires Angebot.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst mich zu den Arbeitgebern etwas sagen. Das, was im Bankenbereich passiert ist – Herr Ackermann, der von Umsatzrenditen von 25 % bei der Deutschen Bank gesprochen hat –, passiert in unseren Bereichen auch. Da werden teilweise Zahlen vorgegeben, die jenseits von Gut und Böse sind. Ich habe gerade einige Global Player angesprochen. Dann wird das ohne Rücksicht auf Verluste auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen.

Es ist gestern zu Recht darauf hingewiesen worden: Wir werden unsere Konzernbetreuung, unsere Koordinierung der Tarif- und Betriebspolitik in dieser Richtung weiter verbessern müssen. Wir wollen es uns nicht gefallen lassen, dass Arbeitgeber damit drohen, entweder ganz aus den Arbeitgeberverbänden auszutreten, Tariffucht zu begehen, oder aber, weil es auf den ersten Blick der einfachere Weg ist, von einem Tarifgebiet in ein anderes Tarifgebiet zu wechseln, um billiger zu werden. Wir wollen auch nicht hinnehmen,

dass Arbeitgeber insbesondere im Industriebereich und damit erpressen: Wenn ihr nicht willig seid, dann verlagern wir die Produktion nach Polen, in die Ukraine oder nach China.

Diese Missstände müssen wir aufdecken und im Rahmen einer koordinierten Branchen- und Konzernpolitik unsere Ansprüche anmelden, unsere Ziele benennen. Wenn wir keine Ziele haben, können wir sie auch nicht verwirklichen. Deshalb werden wir in den nächsten Monaten und Jahren einiges verändern müssen. Dabei bitte ich euch um eure Mithilfe. Da brauchen wir die Kreativität aller ehren- und hauptamtlichen Funktionäre. In diesem Sinne wollen wir den Konzernen das Handwerk legen oder, um es positiv zu formulieren, ihnen Nachhilfeunterricht geben. Dabei sollten wir alle gemeinsam mithelfen, Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit diese Erpressungsversuche aufhören. Das ist auch eine Botschaft des heutigen Kongresses.

(Beifall)

Ich will in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass wir bei NGG gut sind, aber an der einen oder anderen Stelle besser werden müssen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass wir in Oberjosbach oder außerhalb von Oberjosbach dazu kommen, unter dem Arbeitstitel „Denkfabrik“ herangehen, die Kompetenzen, die Qualitäten, die wir in der Organisation haben, bündeln, um letztlich vorausschauend etwas auf den Weg zu bringen.

Ich habe gestern schon einmal darauf hingewiesen: Wir müssen Trends setzen. Wir müssen so, wie wir es bei der Arbeitszeitkampagne geschafft haben, beim Thema Mindestlohn die eine oder andere Idee aufgreifen und schauen, wie wir im Rahmen einer Denkfabrik – ich bleibe bei diesem Begriff – Positives bewirken, wie wir Trends aufgreifen können, was wir machen können. Ich sage allerdings auch: Lasst uns die Kräfte bündeln, lasst uns, wenn wir dazu kommen, nicht von A bis Z alle möglichen Themen benennen, lasst uns auf bestimmte Themen konzentrieren. Dabei ist es das Wichtigste, dass wir nicht nur die Köpfe der Menschen, unserer Mitglieder, erreichen, sondern vor allen Dingen die Herzen.

Da schließt sich der Kreis. Lasst uns den Menschen deutlicher noch als in der Vergangenheit sagen: Wenn es die Gewerkschaft NGG nicht gäbe, sie müsste erfunden werden. Kein anderer als unsere Gewerkschaft NGG kümmert sich um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Das müssen wir auch den Nichtmitgliedern deutlicher noch als in der Vergangenheit sagen. Wir müssen uns nicht verstecken. Wir machen eine gute Arbeit. Wir machen eine gute Tarifarbeit. Das müssen wir vertiefen, um dort neue Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen.

(Beifall)

Ich will einige Bemerkungen zum DGB machen. Ja, Elwis Capece hat gestern im Rahmen der Rechenschaftsberichte etwas vollkommen Richtiges gesagt. Wir brauchen den DGB. Wir brauchen auch einen politisch starken DGB. Beim DGB geht es eigentlich um zwei Dinge. Es geht zum einen um die Strukturen beim DGB, auf der anderen Seite geht es beim DGB um Inhalte. Ich würde mir wünschen, dass alle Einzelgewerkschaften sich einig wären, dass man z. B. Sozialpolitik als Thema dem DGB überlässt und nicht jeder dabei seine eigene Rolle spielt. Ich würde mir wünschen, dass das Thema Steuerpolitik Aufgabe des DGB wäre und nicht jeder seine eigenen Vorschläge macht. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen.

Ich will aber zu den Strukturfragen etwas sagen. Ja, wir möchten einen DGB, der bundesweit präsent ist. Wir müssen uns aber auch über eines im Klaren sein: Der DGB ist das Dach der Gewerkschaften, er ist nicht die neunte Einzelgewerkschaft. Der DGB hat nur die finanziellen Mittel zur Verfügung, die wir als Einzelgewerkschaften zur Verfügung stellen. Wir zahlen 12 % an den DGB, genauso viel wie die IG Metall, ver.di oder die anderen fünf Schwestergewerkschaften. Mit diesem Geld muss der DGB auskommen.

Wir müssen uns auch über eines im Klaren sein: Im DGB-Bundesvorstand, in den Bezirksvorständen oder in den Regionsvorständen ist die Gewichtigkeit gleichmäßig verteilt. Da haben die IG Metall, ver.di, die IG BAU oder die GdP genauso nur eine Stimme wie wir. Auf Versammlungen, auf Konferenzen ist es natürlich so, dass das Gewicht unserer NGG nicht ganz so stark in die Waagschale fällt. Wir haben innerhalb des DGB einen Mitgliederanteil von etwas mehr als 3 %. ver.di ist zehnmal so groß.

Ich sage das nicht, um uns in Bescheidenheit zu üben. Ich sage das, weil auch der letzte DGB-Kongress bewiesen hat: Wir können mit unserem Dreiprozentanteil auch eine Menge bewegen bzw. Bewegung erwirken. Deshalb werden wir sorgfältig darauf achten, dass unser Ziel, dass der DGB politisch stärker wird, dass der DGB auch regionale Strukturen hat, verwirklicht wird. Dafür brauchen wir auch mit Mithilfe der regionalen und der Bezirksebene. Darum bitte ich euch auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will im Hinblick auf den DGB auch daran erinnern – das darf man nicht vergessen –, dass wir alles tun müssen, damit der DGB-Rechtsschutz nicht nur erhalten bleibt, sondern auch qualitativ verbessert wird. Wir tun alles dafür. Michaela tut es über den Bereich der Finanzleute innerhalb des DGB, Claus-Harald Güster wird die Aufgabe von Gunold Fischer im Aufsichtsrat der DGB-Rechtsschutz GmbH erben, und ich federe das ein bisschen im DGB-Bundesvorstand bzw. in der DGB-Haushaltskommission ab.

Es ist wichtig, dass wir diese Aktivitäten mit wachem Auge beobachten, damit der DGB Rechtsschutz erhalten bleibt und qualitativ verbessert wird. Ich kann euch versprechen: Wir werden alles dafür tun, damit unsere Zielvorstellung an dieser Stelle erfüllt wird, dass wir nämlich auch in Zukunft einen schlagkräftigen DGB Rechtsschutz haben. Das solltet ihr wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will in Bezug auf die globale Finanzmarktsituation ankündigen – ich hoffe, dass er mittlerweile verteilt worden ist –, dass es einen Initiativantrag des Hauptvorstandes gibt, den wir gleich beraten und abstimmen sollten. Es kommt darauf an, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir angesichts der Situation die Vertrauenskrise ins kapitalistische System nutzen, um unsere Forderungen zu platzieren.

Es darf nicht nur um den Schutzschirm für das Bankensystem gehen, sondern es muss auch um einen Schutzschirm für die Menschen gehen. Mindestlohn ist ein Aspekt. Es geht allerdings auch darum, dass wir im Bereich Hartz-IV und Arbeitslosengeld II entsprechende Verbesserungen erfahren. Es geht auch darum, die Missstände in dieser Republik zu beseitigen. Es kann nicht angehen, dass in einigen Bundesländern mittlerweile Studiengebühren erhoben werden. Wir müssen die Forderung – ich will es hier noch einmal betonen –, die schon am Montag artikuliert worden ist, wiederholen: Für die Bildung der Kinder – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule – dürfen keine Gebühren erhoben werden. Das sind wir der jungen Generation und auch der nachwachsenden Generation schuldig.

(Beifall)

Auch in Bezug auf die Finanzmärkte will ich noch einmal in Erinnerung rufen: Lasst uns doch aus der Geschichte lernen. Die Managergehälter sind dabei für mich zweitrangig. Es geht letztendlich um die Frage, wie wir Finanzmärkte regeln und kontrollieren, wie wir Transparenz schaffen, wie wir Kontrolle ausüben und welche Konsequenzen wir daraus resultierend ziehen.

Damit bin ich beim Thema Mitbestimmung. Es gibt immer noch Angriffe auf die Mitbestimmung; diese werden heute zwar ein bisschen geschickter formuliert, aber ich sage es, damit wir uns darauf einstellen. Es hat im Juli dieses Jahres hier in Berlin eine Veranstaltung mit dem Titel „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ gegeben. Bei dieser Veranstaltung hat u. a. die Bundeskanzlerin gesprochen. Frau Merkel – sie hat zugegebenermaßen dazugelernt – hat in dieser Veranstaltung „60 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ zwar den Herrn Tietmeyer reden lassen – diesen musste sie übrigens letzte Woche wieder einkassieren; er vertritt maßgeblich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft –, aber sie hat es geschafft, mit keinem einzigen Wort die Gewerkschaften zu erwähnen. Ich frage mich, ob die Gewerkschaften zu 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft nicht dazugehören.

Sie hat es auch verstanden – deshalb sagte ich, dass sie dazugelernt hat –, nicht mehr von betrieblichen Bündnissen für Arbeit zu sprechen. Sie hat es zwar anders umschrieben, aber sie meint nichts anderes. Wir müssen höllisch aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns nicht in einer falschen Sicherheit wiegen. Denn es gibt nach wie vor diese neoliberalen Kräfte, die unter dem Gesichtspunkt betriebliche Bündnisse für Arbeit – diese Formulierung ist ja positiv besetzt – nichts anderes wollen, als die Tarifautonomie auszuhebeln bzw. aus den Angeln zu heben.

Denkt an das, was Rogowski vor einigen Jahren als BDI-Präsident gesagt hat. Er hat gesagt, Tarifverträge könne man verbrennen. Lasst uns daran erinnern, dass wir uns unsere Tarifautonomie nicht nehmen lassen, dass wir uns die Tarifverträge nicht aushebeln lassen. Die Gefahr ist nämlich nach wie vor da. Deshalb ist das auch eine Botschaft unseres Kongresses: Wir werden um die Tarifautonomie und um unsere Tarifverträge kämpfen. Wir lassen uns von Schwarz-Gelb oder von wem auch immer nicht einfach die Butter vom Brot geben. Das wird den erbitterten Widerstand von NGG und der deutschen Gewerkschaftsbewegung erfahren.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Verbrennen von Tarifverträgen bin ich an einem besonderen Punkt. Obwohl ich es nach Montag und nach Dienstag heute zum dritten Male wiederhole, sage ich: „Tarifverträge verbrennen“ ist eine Sprache, die schlimm ist. Ich habe am Montag daran erinnert, dass wir dieses Jahr den 75. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai begangen haben. Ich will im Zusammenhang mit „Tarifverträge verbrennen“ daran erinnern, dass am 10. Mai 1933 – auch dieses Datum jährte sich zum 75. Mal – hier in Berlin und in anderen Städten Bücher verbrannt wurden. Wir haben damals – und das ist eine Lehre unserer Mütter und Väter – immer gesagt: Wer Bücher verbrennt, wer Tarifverträge verbrennt, der verbrennt auch Menschen. Deshalb will ich hier noch einmal ausdrücklich sagen – und das tue ich nicht, weil es sich gut anhört oder weil man es gebetsmühlenartig wiederholt –, dass wir nicht nur für ein NPD-Verbot sind. Vielmehr müssen wir den rechtsextremen Kräften die rote Karte zeigen. Lasst uns gemeinsam aufstehen, damit sie in ihre Schranken verwiesen werden.

(Lebhafter Beifall)

Ich will bei dieser Gelegenheit Folgendes einfließen lassen: Wir haben in den letzten zwei oder drei Jahren drei Kollegen aus der Organisation rausgeschmissen. Wir haben bei ihnen nämlich rechtsextremistisches Gedankengut festgestellt. Deshalb bleiben wir dabei, dass zum einen Aufklärung und Informationen notwendig sind. Nur so können wir auf diese Menschen nicht reinfallen. Zum anderen muss gelten: Null Toleranz für diejenigen, die in unseren Betrieben rechtsextremistischem Gedankengut anhängen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang will ich sehr deutlich darauf hinweisen, dass ich froh darüber bin, dass wir mit der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss diese Verabredung zur gemeinsamen Initiative für Toleranz getroffen haben. Ich sage auch, warum ich froh bin. Ich falle jetzt nicht vor Dankbarkeit bei den Arbeitgebern auf die Knie. Nein, es geht um Folgendes: Wenn ein Gewerkschaftssekretär, eine Gewerkschaftssekretärin oder ein Betriebsrat im Betrieb derartige Themen anspricht, dann wird er seitens der Arbeitgeber teilweise reglementiert und damit konfrontiert, dass das Gesellschaftspolitik oder Parteipolitik sei. Von daher gehöre es nicht hier hin.

Ich bin froh, dass die Arbeitgeber bei ANG begriffen haben, dass man das Thema nicht totschweigen darf. Deshalb bin ich auch froh, dass wir das Thema gemeinsam bei den Arbeitgebern aufgreifen, damit es auch in den Betrieben – denn da gehört es hin – aufgegriffen wird und wir die Menschen davon überzeugen, dass es sich lohnt, die Demokratie zu verteidigen und für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit einzutreten. Das sollten wir gemeinsam offensiv tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich möchte auf unsere NGG zurückkommen. Ich habe das Angebot „Denkfabrik“ gemacht. Wir werden das, was hier auf dem Kongress diskutiert wird, sehr genau analysieren. Wir werden möglichst schnell in die Gänge kommen, um für die Organisation die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies beziehe ich auf die Tarifpolitik, die Konzernpolitik und die Branchenpolitik insgesamt.

Dazu gehört auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir an einem Strang ziehen. Wir müssen uns auf bestimmte Themenfelder konzentrieren, damit wir uns letztendlich nicht verzetteln.

Dass wir in der Organisation Potenzial haben, ist bekannt. Dass wir in der Organisation Mitgliederpotenziale haben, ist bekannt. Das gilt für den Industriebereich, das gilt aber auch für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Es muss doch möglich sein, dass wir im Hotel- und Gaststättengewerbe stärker unter strategischen Gesichtspunkten prüfen, wie wir eigentlich den Organisationsgrad steigern können, wie wir also mehr Mitglieder in diesem Bereich bekommen können. Es gibt ja einige Anträge, die sich mit dem Thema Organizing beschäftigen. Ich finde das gut. Ich sage allerdings auch: Eins zu Eins sind die US-amerikanischen Methoden unserer Schwestergewerkschaften aus den USA nicht übertragbar. Aber wir müssen sie für unsere Bedürfnisse, für unsere Verhältnisse gängig machen.

Wir müssen für uns erkennen, inwieweit z. B. das Hotel- und Gaststättengewerbe einen Schwerpunkt bei uns bekommt, nicht indem wir andere Bereiche wie Industriebereiche oder den Lebensmittelhandel

vernachlässigen, sondern wie wir uns im Hotel- und Gaststättengewerbe unter strategischen Gesichtspunkten in den nächsten Jahren noch besser aufstellen. Wir haben dort Mitgliederpotenziale. Wir können speziell über die größeren Hotelketten, wir können speziell über die Unternehmen der Systemgastronomie, wir können speziell über die Caterer eine ganze Menge miteinander bewegen und mehr Mitglieder gewinnen. Das muss auch die Hauptaufgabe sein, mitgliedermäßig gerade in diesen Bereich entsprechend nach vorne kommen. Deshalb lasst uns schauen, was wir dort tun können, und lasst uns die Kraft darauf konzentrieren.

Lasst mich auch in dem Zusammenhang noch einmal etwas zu Europa sagen. Wir werden Europa immer wichtiger nehmen müssen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Mittlerweile werden 60 % der gesetzlichen Regelungen, mit denen wir alle tagtäglich von morgens bis abends konfrontiert werden, nicht mehr in Berlin beschlossen, sondern auf europäischer Ebene. Wir werden die Zusammenarbeit sowohl mit EFFAT und mit den Schwestergewerkschaften in Europa intensivieren müssen. Wir müssen das aber auch auf globaler Ebene mit unserer IUL tun. Allein um unsere EFFAT, unsere europäische Organisation, und unsere IUL zu stärken, brauchen wir mehr Mitglieder.

Wenn Ron Oswald, unser Generalsekretär der IUL, morgen zu uns sprechen wird, wird er wahrscheinlich ein Beispiel nennen, das er auch auf dem letzten IUL-Kongress genannt hat. Die IUL bekommt von den Mitgliedsorganisationen pro Mitglied und Jahr praktisch den Gegenwert einer Tasse Kaffee. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen alles tun, damit wir unsere europäische und unsere globale Organisation so stark machen, dass wir tatsächlich nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer und internationaler Ebene unsere Organisation stärken und den Gewerkschaften in den Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung noch nicht so stark ist, letztendlich solidarisch unter die Arme greifen können. Was wir heute auf europäischer und internationaler Ebene versäumen, das fällt uns morgen ganz, ganz kräftig und negativ auf die Füße. Deshalb tut alles, damit wir Mitglieder bekommen, um die europäische Organisation und die IUL stärker machen zu können, auch materiell.

(Beifall)

Wir werden am Freitag Martin Schulz hier haben, den Fraktionsvorsitzenden der Sozialistenfraktion im Europaparlament. Und Harald Wiedenhofer wird zu uns sprechen. Ich will schon mal einen Hinweis geben. Die Richtlinie für die europäischen Betriebsräte muss dringend renoviert werden. Wir haben dort heute nur Informationsrechte. Es ist ein Missstand, dass beispielsweise die Richtlinie der europäischen Betriebsräte, die ja in nationales Recht umgewandelt wird, dazu führt, dass beim größten Braukonzern der Welt, bei Inbev, der Vorsitzende des europäischen Betriebsrates ein Vertreter des Managements ist. Das ist ein Schwachsinn hoch drei. Wir brauchen keine Manager in den europäischen Betriebsräten, sondern wir brauchen vor allen Dingen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte, damit es aufhört, dass wir gegeneinander ausgespielt werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will – das gestattet mir – auch noch einmal zur Mitgliederorientierung etwas sagen. Wir müssen auch unsere Informationspolitik verbessern. Ich habe vor fünf Jahren auf dem Kongress in Magdeburg gesagt: Eine der Zielsetzungen muss strategische Kommunikation sein. Ich glaube auch sagen zu dürfen, dass wir da in den letzten fünf Jahren eine Menge auf den Weg gebracht haben. Aber nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte. Strategische Kommunikation auch deshalb, damit die Mitglieder und auch die Nichtmitglieder begreifen, wie wichtig es ist, sich in der Gewerkschaft zu organisieren, mitzumachen. Wir sind die Mitmachgewerkschaft. Deshalb müssen wir daran weiter feilen. Wir müssen den Menschen deutlich machen, dass Tarifbewegung und sonstige gesellschaftliche Bewegung nur möglich sind, wenn wir zusammenstehen und wenn man sich in der Gewerkschaft organisiert. Deshalb ist die Mitgliederorientierung das Salz in der Suppe. Wir müssen Mitglieder haben. Wir müssen die Finanzmittel haben, also Beiträge, um durchsetzungsstark zu sein, um durchsetzungsfähig zu sein. Das sind wir, aber das müssen wir auch im Hinblick auf Arbeitskämpfe in den nächsten Jahren entsprechend auf das Tapet bringen.

Kolleginnen und Kollegen, gestattet mir in dem Zusammenhang einen Hinweis: Wir sind zurzeit dabei, ein etwas größeres Bündnis zu schmieden. Gestern war Frank Bsirske hier. Wir arbeiten zurzeit gemeinsam daran, im Hinblick auf das, was ich eingangs zum Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr gesagt habe, mit den Sozialverbänden in Deutschland eine gemeinsame Kampagne im nächsten Jahr zu entwickeln. Das ist noch nicht in trockenen Tüchern, aber ihr sollt das wissen, noch nicht großartig verkünden, aber ich will es sagen. Mit den Sozialverbänden, also VdK, mit dem Diakonischen Werk, mit Sozialverband, mit Volkssolidarität hier in den ostdeutschen Ländern etc., ver.di und wir; vielleicht gelingt es ja auch, den DGB und die

Schwestergewerkschaften dazu zu gewinnen. Wir machen das deshalb, damit wir ein breites Bündnis bekommen.

Das Ganze wird unter drei Stichworten stehen; ich habe eingangs versucht, das zu umschreiben: Wir wollen nicht „arm trotz Arbeit“, also Mindestlohn, und wir wollen vor allen Dingen keine Rente mit 67 und keine Altersarmut. Diese drei Dinge werden wir zuspitzen. Ich hoffe, dass dieses Bündnis gelingt. Es kann aber nur gelingen, wenn ihr alle mitmacht, wenn die Gesamtorganisation mitmacht und wenn wir noch mehr werden und letztendlich stärker werden. Dafür sollten wir arbeiten, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Während wir hier tagen, gibt es eine Menge Sauereien. Trotz dieser globalen Finanzmarktkatastrophe machen die Arbeitgeber ihr Geschäft nach wie vor. Sie setzen die Umsatzrendite hoch, setzen die Ziele hoch, sie sourcen out, gliedern aus. Sie verfolgen Betriebsräte. Sie geben Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern Hausverbote. Es hat noch nie so viele Fälle gegeben, in denen wir uns durch einstweilige Verfügungen gegen Hausverbote wehren mussten, wie in jüngster Vergangenheit. Ich will das hier deshalb ansprechen, weil wir uns nicht in einer falschen Sicherheit wiegen sollten. Ganz im Gegenteil, die Arbeitgeber gehen ihren Stiefel. Dagegen können wir uns nur mit einer starken Organisation wehren, mit einer Geschlossenheit, die wir gemeinsam an den Tag legen sollten, Kolleginnen und Kollegen.

Zu dieser Geschlossenheit gehört nicht nur die Gesamtorganisation, sondern ich will das ausdrücklich sagen: Ich bin froh über die Entwicklung, die wir in den letzten Jahren bei der jungeNGG gehabt haben. Das werden wir hegen und pflegen. Wir werden gemeinsam mit der jüngeren Generation nach vorne gehen. Wir sollten auch gemeinsam stolz darauf sein, was die jungen Menschen gebracht haben.

(Beifall)

Unsere Frauen sind sowieso klasse. Das, was wir da in den letzten Jahren gemacht haben, ist gut.

(Vereinzelt Beifall)

Ihr könnt da ruhig mal klatschen. Unsere Frauen sind klasse; ich wiederhole das!

(Beifall)

Die Wahlordnung hat sich bewährt. Das haben wir gestern auch durch den Bericht der Mandatsprüfungskommission gehört. Wir werden das gleich sehen; ihr habt das ja gestern schon durch Beschlussfassung bestätigt: In der Antragsberatungskommission sind die Männer in der Minderheit. Das sollte man auch mal deutlich sagen. Das ist auch ein Beispiel dafür, dass wir eigentlich keine Minderheitengeschlechterquote brauchen. Die Frauen sind klasse, die setzen sich auch so durch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich will ausdrücklich auch die Senioren noch einmal ansprechen: Lasst uns die Erfahrung der älteren Kolleginnen und Kollegen nutzen, lasst uns dafür sorgen, dass sie ihre Erfahrung der jüngeren Generation vermitteln können, und lasst uns die Senioren entsprechend in unsere tagtägliche Arbeit einbeziehen.

Dabei geht es nicht nur um das, was die Seniorengruppe aus Berlin hier freundlicherweise tut, nämlich uns zu helfen, die Unterlagen zu verteilen und die Kongressorganisation abzuwickeln. Wir brauchen euch auch zur Flugblattverteilung, vor allen Dingen brauchen wir euch allerdings, damit ihr eure politische Erfahrung an die Jüngeren weitergibt, damit unsere NGG weiter blüht.

(Beifall)

Im Zusammenhang mit Ron Oswald habe ich davon gesprochen, dass wir pro Jahr und Mitglied nur „eine Tasse Kaffee“ an die IUL zahlen. Dabei ist mir noch ein Bild eingefallen, das auch mit Kaffee zu tun hat: Jeder von uns mag Espresso, am besten einen doppelten. NGG ist zwar nicht schwarz – einen roten Espresso gibt es nun einmal nicht -, aber wie ein Espresso sollten wir stark sein. Lasst uns im Sinne von Mitgliederorientierung alles dafür tun, dass wir ein doppelter Espresso und damit doppelt so stark werden.

(Beifall)

Ich will keinen Zweifel daran lassen, dass wir uns nicht nur im sozialpolitischen, im gesellschaftspolitischen Geschehen betätigen. Wir werden uns auch in Bezug auf unsere Produkte einmischen. Wir alle sind stolz auf die Produkte, die wir herstellen, und auf die Dienstleistungen, die wir im Hotel- und Gastgewerbe anbieten. Stolz auf unsere Produkte und die Dienstleistungen, die wir anbieten, können wir aber noch mehr sein, wenn sie mit ordentlichen Arbeitsbedingungen verbunden sind. Wir wollen, dass es qualitativ hochwertige Lebensmittel gibt, die in einer gesunden Umwelt hergestellt werden.

Wichtig ist, dass wir uns eindeutig zum „Vorrang Teller vor Tank“, wie es in einem Antrag steht, bekennen. Angesichts der Tatsache, dass 850 Millionen Menschen in der Welt hungern, kann es nicht angehen, dass wir Rohstoffe in den Tank packen. Wir müssen die Armut, die Hungersnot auf der Welt mildern. Das ist auch eine der Botschaften dieses Kongresses. Allerdings müssen wir auch darauf achten, dass die Kolleginnen und Kollegen, die zum Beispiel in der Zuckerindustrie ihren Arbeitsplatz verloren haben, Alternativen aufgezeigt bekommen für die Verarbeitung von Rohstoffen, die aufgrund der EU-Zuckermarktverordnung gar nicht mehr verwendet werden dürfen.

Wir als Gewerkschaft treten dafür ein, dass die Lebensmittel nach dem Herkunftsort gekennzeichnet werden. Damit wollen wir dem Gesichtspunkt der Regionalität Ausdruck verleihen. Auch das hat etwas mit Standortsicherung und Arbeitsplatzsicherung zu tun. Deshalb: Kennzeichnung nach Herstellungsort! Nur so wissen die Verbraucherinnen und Verbraucher, dass die Produkte mit ordentlichen Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind. Dem Herkunftssiegel endlich zum Durchbruch zu verhelfen, das muss in den nächsten Jahren eine der Hauptaufgaben sein.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben den Themen Mindestlohn und Bildung ist es für uns ganz wichtig, dass wir keine Arbeitszeitverlängerung in unseren Bereichen zulassen werden. Auch das sollte eine Botschaft dieses Kongresses, die an alle Arbeitgeber gerichtet ist, sein: Wir werden keine Arbeitszeitverlängerung zulassen,

(Beifall)

eher werden wir in den nächsten Jahren über die weitere Umverteilung von Arbeit reden müssen; das sollte man nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Neben diesen Themen ist eines der drängendsten Probleme, denen wir uns stellen müssen, das Krebsgeschwür Leiharbeit. Vor 10, 20 Jahren haben wir noch von moderner Sklaverei gesprochen; in der Sprachwahl ist die Gesellschaft etwas höflicher geworden. Wir dürfen uns aber nicht täuschen: Was dort im Bereich Leiharbeit stattfindet, ist prekäre Beschäftigung, dient der Spaltung von Belegschaften in unbefristet Beschäftigte, in befristet Beschäftigte und in Leiharbeiterinnen und –arbeiter. Wir müssen alles tun, tarifpolitisch und gesellschaftspolitisch, dass der Grundsatz „gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ wirklich in die Tat umgesetzt wird. Wir wollen uns nicht für dumm verkaufen lassen, wir wollen uns nicht spalten lassen.

Das ist ein Gebot der Stunde. Lasst uns dafür wie für die anderen Ziele gemeinsam kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Sinne ein herzliches Glückauf!

(Beifall)